



Kampagnenleitfaden



NEIN zur Kopfpauschale!

Inhalt

Einführung	2
Warum die SPD die Kopfpauschale stoppen will!	3
Veranstaltungsvorschläge	7
Aktionsideen	9
Materialien und Kampagnenpaket	11
Muster-Pressemitteilung	12
Anlage: Unterschriftenliste	13-14

Einführung

Dieser Kampagnenleitfaden soll Euch bei der bundesweiten **Unterschriftenkampagne „Nein zur Kopfpauschale - Schwarz- Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!“** mit Informationen, möglichen Veranstaltungsformen, Aktionsideen und Materialien unterstützen.

Die Unterschriftenaktion wird **vom SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel auf dem Landesparteitag NRW am 27. Februar 2010 gestartet und am 1. März 2010 auf einer Pressekonferenz vorgestellt.** Mit der Kampagne sollen die Bürgerinnen und Bürger für die negativen Auswirkungen der Gesundheitsreform von Schwarz-Gelb sensibilisiert werden. Wenn sich möglichst viele beteiligen, setzen wir ein (öffentlichkeits-)wirksames Zeichen gegen die Schwarz-Gelbe Gesundheitspolitik.

Sammelt Unterschriften gegen die Kopfpauschale bei allen sich bietenden Gelegenheiten wie Veranstaltungen, Infoständen, Versammlungen, Hausbesuchen etc.

Unterschriftenlisten gibt es im nächsten Vorwärts als Beilage. Sie sind auch im Kampagnenpaket des SPD-Shops enthalten bzw. über den SPD-Shop zu bestellen und stehen als Download auf www.nein-zur-kopfpauschale.de bereit.

Die Listen werden beim SPD-Parteivorstand gesammelt. Deshalb sendet uns bitte Eure Listen per Post an:

**SPD –Parteivorstand,
Wilhelmstraße 141,
10963 Berlin**

oder per Fax an: **030/25 991- 410.**

Die Unterzeichnung kann auch direkt auf der Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de erfolgen.

Warum wir die Kopfpauschale stoppen wollen!

Kopfpauschale – Was ist das?

Die Regierungskoalition aus FDP und CDU/CSU plant im Gesundheitswesen durch die Einführung einer Kopfpauschale einen radikalen Systemwechsel. Das führt dazu, dass sich die Beiträge zur Krankenversicherung nicht mehr wie heute nach dem Einkommen richten. Alle bezahlen die gleiche Pauschale – Managerinnen und Manager genauso viel wie Sekretärinnen und Sekretäre. Das bedeutet im Klartext, dass **Gutverdienende entlastet und Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen, Arbeitslose sowie Rentnerinnen und Rentner belastet** werden.

Ein **solidarischer Ausgleich unter den Versicherten findet nicht mehr statt**. Der Sozialausgleich soll durch Steuern gewährt werden – damit werden, **je nach Berechnung, bis zu 80 Prozent der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherungen zu Bittstellern** beim Staat.

Was will Schwarz-Gelb und warum will die SPD die Kopfpauschale nicht?

Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb heißt es:

*„Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und **einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen**, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest.“*

Das bedeutet:

- **Gesetzlich Versicherte sollen künftig einen einheitlichen Beitrag** zur Krankenversicherung bezahlen (laut Berechnungen **bis zu 200,- Euro**). Der **Arbeitgeberbeitrag** wird festgeschrieben und steigt nicht weiter. **Ergebnis:** Die Kopfpauschale wird schneller als die Löhne steigen. **Künftige Kostensteigerungen zahlen dann alleine die Versicherten.**
- Wenn Schwarz-Gelb dazu noch die **Familienmitversicherung** abschafft, müssen auch **mitversicherte Eheleute in Zukunft die Pauschale** zahlen. Dann ist die Kopfpauschale zwar etwas niedriger, aber **Ehepaare zahlen doppelt.**
- Weil bei vielen Menschen die Kopfpauschale höher ausfällt als ihr heutiger Arbeitnehmeranteil an der Krankenversicherung, droht ihnen finanzielle Überforderung. Je nach Berechnung werden so durch **die Kopfpauschale bis zu 40 Millionen Bürgerinnen und Bürger auf staatliche Hilfen** angewiesen sein. Das sind rund **80 Prozent aller Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung**. **Und:** Wenn die Kopfpauschale steigt, steigt auch die Zahl der Hilfebedürftigen und der notwendige staatliche Zuschuss. Hinzu kommt eine **massive zusätzliche Bürokratie**, um die Kopfpauschale einzunehmen und zu verwalten.
- Eine **Kopfpauschale mit Ausgleich über das Steuersystem** mündet darin, dass diejenigen, die die Kopfpauschale nicht in voller Höhe aufbringen können, **automatisch zu „Hilfeempfänger“ werden und auf staatliche Zuzahlungen** angewiesen sind. Gutverdiener werden entlastet und zahlen weniger für die Kopfpauschale.
- Der **soziale Ausgleich über Steuern kostet jedoch bis zu 35 Mrd. Euro an Steuergeld**. Das Bundesfinanzministerium hat errechnet: Um die Kopfpauschale zu finanzieren, müsste **entweder die gesamte Einkommensteuer um drei bis fünf Prozent oder der Spitzensteuersatz auf 73 Prozent oder aber die Mehrwertsteuer um bis zu vier Prozent erhöht** werden. Das ist nicht bezahlbar!

- Von einem **steuerlichen Sozialausgleich profitieren** dann natürlich vor allem die **Gutverdiener**: Sie werden von Schwarz-Gelb gleich dreifach beschenkt: **Steuersenkungen** (die Schwarz-Gelb noch immer verspricht), **eine Kopfpauschale, die unter ihren jetzigen Versicherungsbeiträgen liegt und weitere Steuervorteile** dadurch, dass sie diese auch noch von der **Einkommensteuer absetzen** können.
- Viele Menschen, die **über der Versicherungspflichtgrenze (Beitragsbemessungsgrenze) von 49.950 Euro** verdienen, **entziehen sich vollständig der Solidarität der Gemeinschaft**, indem sie in die private Krankenversicherung wechseln. Eine **Kopfpauschale verstärkt diesen Trend** noch.
- Auch die **Arbeitgeber profitieren übermäßig durch die Kopfpauschale**. Sie können sich aus der bewährten solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems verabschieden. Für **Kostensteigerungen müssen nur noch die Versicherten** aufkommen. Weil diese Steigerungen die Arbeitgeber nicht mehr betreffen, nimmt der Druck ab, die Kosten im Gesundheitswesen unter Kontrolle zu halten. Wenn dann auch noch politischer Druck entsteht, die Kopfpauschalen nicht steigen zu lassen, gibt es nur einen Weg: Die **Leistungen der Krankenkassen werden gekürzt** und laufen immer mehr **auf eine schmale Grundversorgung** hinaus.
- Eine **Beteiligung an der Finanzierung des Gesundheitswesens** durch die Arbeitgeber ist aber vonnöten. **Arbeitgeber haben eine hohe Verantwortung** für die Gesundheit der Menschen. Viele **Krankheiten entstehen durch die Arbeitswelt**. Hierzu zählen vor allem auch psychische Erkrankungen, weil der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr zunimmt. Wenn Arbeitgeber keine Mitverantwortung für die Finanzierung des Gesundheitswesens mehr haben, werden sie auch die **Arbeitsbedingungen nicht verbessern und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz abbauen**.

Was hat die Kopfpauschale für Konsequenzen für die BürgerInnen?

- Die Kopfpauschale bedeutet einen **Bruch mit dem Solidarprinzip**, für das die SPD immer gekämpft hat. Der soziale Ausgleich wird ins Steuersystem verlagert, in dem Wohlhabende durch Schwarz-Gelb immer mehr Steuergeschenke bekommen.
- Die Kopfpauschale ist **ungerecht**, weil Bezieher niedriger Einkommen mit den gleichen Kosten belastet werden wie Besserverdiener.
- Ein sozialer Ausgleich über das Steuersystem würde **die Menschen zu Bittstellern beim Staat machen, um einen Steuerausgleich für die hohen Pauschalen zu bekommen – gleichzeitig müssten sie den Sozialausgleich selbst mit hohen Steuern bezahlen**.
- Durch die **Festschreibung des Arbeitgeberanteils** müssen die Versicherten die Kostensteigerungen allein bezahlen. Das führt dazu, dass **immer weniger Geld im Gesundheitssystem** ist und die **gesetzliche Krankenversicherung** zunehmend **nur noch Grundversorgung** bietet. Da durch bricht in strukturschwachen Regionen die Versorgung zusammen und moderne Therapien könne nur noch durch teure private Zusatzversicherungen in Anspruch genommen werden.
- Die Kopfpauschale ist somit der **Schritt ins Dreiklassen-System**. Gute Leistungen werden nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein. Die Privilegien für Privat-Versicherte bleiben.
- Die schwarz-gelbe Koalition bedient in ihrer Gesundheitspolitik die **Klientel-Interessen** von Pharma-Lobby und privaten Versicherern und **nicht** die **Interessen von ca. 70, 2 Millionen gesetzlich Versicherten**.

Was will die SPD?

- Die SPD hält an der **solidarischen Krankenversicherung** fest: **Gesunde stehen für Kranke, Starke für Schwache** ein. Alle haben die gleichen Rechte auf eine gute Versorgung.
- Die SPD will, dass auch in Zukunft **alle unabhängig vom Einkommen den gleichen Anspruch** auf eine **gute Versorgung** auf der Höhe des medizinischen Fortschritts haben.
- Die SPD will deshalb die **Bürgerversicherung**: Alle sollen **entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung unseres Gesundheitswesens** beitragen.
- Jeder zahlt **Beiträge nach Höhe seines Gesamteinkommens**, Wohlhabende können sich nicht mehr aus der Solidarität verabschieden. Somit können die Einnahmen der Krankenversicherung mit den Ausgaben Schritt halten.
- Die SPD will die **paritätische Finanzierung**. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zu gleichen Teilen in die Krankenversicherung ein. Damit haben auch wieder alle ein volkswirtschaftliches Interesse an angemessenen Kosten im Gesundheitssystem.
- Die SPD will ein **modernes Patientenrechtgesetz**, damit klar wird, wer im Gesundheitssystem im Mittelpunkt steht: die Patientinnen und Patienten. Sie sollen sich besser gegen unseriöse Behandlungsangebote und private Abzocke wehren können. Alles medizinisch Notwendige wird von der gesetzlichen Kasse bezahlt.
- Wir wollen, dass alle, die **im Gesundheitssystem arbeiten, gut für ihre gute Arbeit bezahlt werden** – das gilt auch insbesondere für das Pflegepersonal.
- Die SPD will, dass auch in Zukunft alle Menschen in allen Regionen einen **guten Zugang zur medizinischen Versorgung** haben – strukturschwache Regionen dürfen nicht abgekoppelt werden.
- Wir lehnen die soziale Spaltung der Gesellschaft durch die Kopfpauschale ab: Deshalb **JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle! NEIN zur Kopfpauschale!**

Drei Viertel der Bundesbürger für die Bürgerversicherung und gegen die Kopfpauschale

Das Institut TNS Infratest hat die Bundesbürger in einer repräsentativen Erhebung danach gefragt, welche der beiden Alternativen Bürgerversicherung (SPD-Konzept) bzw. Kopfpauschale (von der schwarz-gelben Koalition „Gesundheitsprämie“ genannt) sie bevorzugen.

Das Ergebnis ist eindeutig. **Knapp drei Viertel aller Befragten wollen eher die Bürgerversicherung als die Kopfpauschale.**

Die genaue Frage lautete:

► *Ich lese Ihnen jetzt zwei neue Konzepte zur Finanzierung des Gesundheitssystems vor. Sagen Sie mir bitte, welches der beiden Konzepte Sie für das bessere halten:*

A *Bei der sogenannten Gesundheitsprämie bezahlt jeder Bürger den gleichen Kassenbeitrag - unabhängig von seinem Einkommen. Geringverdiener erhalten zum Ausgleich Zuschüsse aus Steuern.*

B *Bei der sogenannten Bürgerversicherung zahlen alle Bürger, d.h. gesetzlich und privat Versicherte, in diese Krankenversicherung ein. Ihr Kassenbeitrag richtet sich nach der Höhe ihres Einkommens, d.h. Besserverdienende zahlen wie bisher mehr als Geringverdiener.*

Die Ergebnisse im Detail:

- 73 Prozent haben sich für die Bürgerversicherung ausgesprochen, nur 22 Prozent für die Gesundheitsprämie / Kopfpauschale. Diese Mehrheit zieht sich durch alle gesellschaftlichen Gruppen.
- Selbst Gutverdiener über 3000 Euro netto wollen zu 68 Prozent eher die Bürgerversicherung.
- Auch wollen 61 Prozent der Freiberufler und Selbstständigen eher die Bürgerversicherung.
- SPD-Wähler bevorzugen zu 79 Prozent die Bürgerversicherung, nur 17 würden sich für die Gesundheitsprämie/Kopfpauschale entscheiden.
- Bei Wählern der Union liegt das Verhältnis bei 67 Prozent (Bürgerversicherung) und 30 Prozent für die Gesundheitsprämie / Kopfpauschale.
- Bei den Wählern der FDP ist das Verhältnis noch klarer als bei den Unionswählern: 68 Prozent für die Bürgerversicherung und nur 28 Prozent für die Gesundheitsprämie / Kopfpauschale.

Datenbasis: TNS Infratest, 1.000 Befragte, Befragungszeitraum 16./17. Februar 2010

Veranstaltungsvorschläge

Bürgerversammlung („town hall meeting“)

Bürgerversammlungen informieren, ermöglichen Mitsprache und legen die Stimmungslage offen. **Das Thema Gesundheit geht alle an** und ist Teil der öffentlichen Debatte. Mit prominenten PolitikerInnen und Gesundheitsexperten als Gästen, einer guten Öffentlichkeitsarbeit und einer breit gestreuten Einladung per Flugblatt, im Internet und Hausverteilung weckt die Veranstaltung Interesse. Nach einem einführenden Vortrag sollte **den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Zeit für Fragen, Anregungen und Meinungsäußerungen** gegeben werden.

Eine Variante ist die „**Bürgerkonferenz**“, bei der zu einem konkreten Thema ein schriftliches „**Bürgervotum**“ mit einer Handlungsempfehlung an die Politikvertreter übergeben wird. Die TeilnehmerInnen erhalten die Möglichkeit der Einarbeitung in das Thema, befragen verschiedene ExpertInnen und verfassen ein Bürgervotum, das öffentlich an einen oder mehrere Politikvertreter übergeben wird und vom Veranstalter publiziert wird, z.B. auf der Homepage, als Leserbrief an die Zeitung, als Flyer für Infostände.

Zielgruppe: BürgerInnen ab 18 Jahre
Werbung: Einladung per Mail über Verteiler, Plakate, Flyer, Zeitungsanzeige, Pressemitteilung

Voraussetzung: am besten eintägig
Kosten: Veranstaltungstechnik, Verpflegung, evtl. mehrere Räume für Gruppenarbeit

Öffentliche Podiumsveranstaltung

Podiumsveranstaltungen bieten in **erster Linie Informationen und den Austausch von Meinungen** bzw. die Beleuchtung eines Sachverhalts aus verschiedenen Perspektiven.

Nach einer thematischen Einführung werden die Redebeiträge der Experten, Sachverständigen und fachkundigen Mandats- und FunktionsträgerInnen durch eine/n ModeratorIn gesteuert. **Zum Thema Kopfpauschale sollten insbesondere die im Gesundheitssektor Beschäftigten** zu Wort kommen, also Angestellte einer gesetzlichen Krankenversicherung, KrankenpflegerInnen, ÄrztInnen, ApothekerInnen etc.

Zielgruppe: alle Interessierten ab 15 Jahre
Werbung: Einladung per Mail über Verteiler, Plakate, Flyer, Zeitungsanzeige, Pressemitteilung
Voraussetzung: Recherche zu Fragestellung, Teilnahme von Experten
Kosten: Raum, Technik, Verpflegung

Vortrag FachreferentIn zum Thema Kopfpauschale

Setzt das **Thema Kopfpauschale auf die Tagesordnung Eurer Mitgliederversammlung** und ladet eine/n Fachreferenten/in dazu ein. Bewerbt dafür Eure Mitgliederversammlung öffentlich in der Zeitung und auf Eurer Homepage bzw. **ladet Interessierte am Infostand dazu ein**; flyert dazu im Berufsverkehr oder an Krankenhäusern, Schulen und in Fußgängerzonen.

Nicht vergessen: **Legt auch die Unterschriftenlisten bei Eurer Versammlung aus!**

Zielgruppe: alle Interessierten ab 15 Jahre
Voraussetzung: Recherche zum Thema, Teilnahme Fachreferent/in

Themen-Brunch

Um in einer Runde von ca. 15- 25 Personen über gute Gesundheitsvorsorge zu diskutieren eignet sich ein **Themen- Brunch**. Die Atmosphäre ist locker und ermöglicht Gespräche auf Augenhöhe. **Ladet den oder die örtlichen Abgeordneten ein, die sich mit Gesundheitspolitik beschäftigen sowie ReferentInnen aus dem Gesundheitswesen.** So bekommen die Gäste einen guten Einblick in Politik und Praxis.

- Zielgruppe:** 15-25 Personen; BürgerInnen, Praktiker aus dem Gesundheitswesen, Neumitglieder (mit verbindlicher Anmeldung)
- Werbung:** persönliche Einladung per Brief und Mail, Infostand, Zeitungsanzeige;
► Dabei die Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de mit angeben!

Vorschlag Ablaufplan: Sa./So.

- 09.30 Uhr: Frühstückstisch decken (Kaffee, Tee, Saft, Obst, Gemüse, Käse, Wurst, Vollkornbrötchen, Joghurt)
- 10.30 Uhr: Beginn – Begrüßung und kurze Einführung
- 10.35 Uhr: Statement der ReferentInnen Politik vs. Praxis (je 5 Min.)
- 10.50 Uhr: Fragen und Diskussion am Frühstückstisch (Festhalten der Ergebnisse im Brötchenkorb (runde Moderationskarten mit Stichpunkten)
- 11:45 Uhr: Zusammenfassen der Ergebnisse und Übergang zur Kampagne
- 12.00 Uhr: Gemeinsamer Infostand mit Unterschriftenkampagne (bereits in der Einladung ankündigen)

World Café

Um BürgerInnen bei der Gestaltung guter Gesundheitsversorgung mitzunehmen, eignet sich ein mehrmals **stattfindendes „Kaffeekränzchen“ nach der Methode World Café**. Ziel ist die gemeinsame Erarbeitung eines Themas und die intensive Auseinandersetzung mit Problemen und Lösungsvorschlägen.

Es werden Tische (abhängig von der Anzahl der Einzelthemen siehe unten) für bis zu zehn Personen aufgestellt, ein Fotokarton und Stifte bzw. Pinnwand und Zubehör bereitgestellt. Die TeilnehmerInnen wechseln dann im 30-Minuten-Takt die Tische und somit jeweils das Thema, so dass in die verschiedenen Themenkomplexe neue Ideen einfließen können. **An jedem Tisch sitzt ein/e Berichterstatter/in, die bleibt**, das Thema strukturiert und die nächste Gruppe auf den Stand der Dinge bringt. Am Ende fasst die/der jeweilige Berichterstatter/in die Ergebnisse zusammen und fertigt im Nachgang eine kurze schriftliche Zusammenfassung, die dann z.B. veröffentlicht wird.

Aufbau:

1. **Veranstaltung (ca. 3 Std.): World Café – Die Kopfpauschale von Schwarz-Gelb vs. gute Gesundheitsvorsorge** (Was ist die Kopfpauschale und welche Auswirkungen hat sie? *Was ist gute Gesundheitspolitik? Was erwarten wir von der SPD? Wie kann die Kampagne unterstützt werden?*);
2. **Veranstaltung (ca. 3 Std.): World Café – Gute Gesundheitspolitik für die Stadt/Region/das Land** (Wie kann eine gute Gesundheitsversorgung umgesetzt werden in der Kommune, in der Stadt, im Land und auf Bundesebene? Am Ende werden die Ergebnisse zusammengefasst.)
3. **Veranstaltung (ca. 2 Std.): Podiumsdiskussion** – mit einer/einem PolitikerIn mit dem Schwerpunkt Gesundheitspolitik werden die Ergebnisse diskutiert und Perspektiven eröffnet

- Zielgruppe:** 30-80 Personen; GenossInnen, BürgerInnen, MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen

- Werbung:** gezielt einladen, z.B. Krankenhäuser, Krankenkassen, Arztpraxen etc.; Werbung über Plakate, Zeitungsanzeigen, Infostand ► Dabei die Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de mit angeben!
- Voraussetzung:** großer Raum, ausreichend Tische und Stühle, Moderationskonzept, drei zentrale Fragen zur Strukturierung der Gruppenarbeit, Pinnwände/Material, Verpflegung

Aktionsideen

Spaziergang „Gute Gesundheit“

Eine **größere Gruppe von Menschen, die spazieren geht oder joggt**, erregt große Aufmerksamkeit. Ladet zu einem solchen Event mit Eurem MdB, MdL oder dem/der BürgermeisterIn ein. Tragt evtl. **eine gemeinsame T-Shirt-Farbe oder macht durch große Aufkleber Eure Zugehörigkeit zur Gruppe** kenntlich. Aufmerksam gewordene PassantInnen werden eingeladen, ein Stück mitzugehen. Dabei werden sie nach ihrer Meinung zur Kopfpauschale gefragt, kurz die Kampagne erklärt und um eine Unterschrift gebeten. Auf dem Spaziergang können verschiedene Zwischenstationen eingebaut werden, z.B. eine Pausenstation mit Getränken, an der eine kurze thematische Einführung gegeben wird; das Rathaus, an dem ein Gespräch mit dem/der BürgermeisterIn stattfindet; die Krankenkasse, an der die Problematik anhand einiger Beispiele erläutert wird, etc.

- Zielgruppe:** Zahl offen; BürgerInnen und GenossInnen;
- Werbung:** Einladung per Mail über Verteiler, Plakate, Flyer, Zeitungsanzeige, Pressemitteilung;
- Voraussetzung:** attraktives Rahmenprogramm; je nach Zwischenstationen Getränke, Mikro/Lautsprecher; darauf aufpassen, dass möglichst jede/r mit einbezogen wird und nicht nach hinten fällt;

„Gesetzlich versichert? Mit schwarz-gelb nicht mehr lange!“

Als **Krankenschwester/pfleger oder Arzt/Ärztin verkleidet** lauft Ihr durch die Fußgängerzone oder andere gut besuchte Orte oder positioniert Euch vor Krankenhäusern, Arztpraxen, Krankenkassen und **tragt eine Sammelbox** mit der gut lesbaren Aufschrift: **„Gesetzlich versichert? Mit schwarz-gelb nicht mehr lange!“** in der Hand.

So könnt Ihr **Passantinnen und Passanten ansprechen und nach ihren Krankenkassen-Chip-Karten (gesetzliche Krankenkassen!) fragen**. Gebt vor, diese einzusammeln, da sie bald – nämlich mit der Einführung der schwarz-gelben Kopfpauschale- überflüssig werden. So habt Ihr einen guten Einstieg in ein Gespräch pro solidarische Krankenversicherung und contra schwarz-gelbe Kopfpauschale.

„Pro Kopf in den Topf“

Mit dieser Aktion könnt Ihr das Thema Kopfpauschale am Infostand, vor Einkaufsmärkten und vor Krankenhäusern verdeutlichen. **Mit der Kopfpauschale ist es egal wie viele Ausgaben sich jeder pro Kopf leisten kann**. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger bei. Künftige Kostensteigerungen zahlen alleine die Arbeitnehmer. Also zeigt mit **Euren Köpfen, wie die Unterschiede** aussehen können: mit einem **Bauarbeiterhelm, einem Stoffhut, einer Filzmütze, einer Melone, einer Krankenschwesterhaube, einem Zylinder** usw.

Alle werfen den gleichen Betrag in einen Topf, wobei jede/r unterschiedlich schwer an dem überdimensionalen Geldschein/stück zu tragen hat. Vergesst nicht, die Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de mit anzugeben.

Verteilaktion vor Krankenhäusern, Arztpraxen, Krankenkassen

Der Klassiker aller Aktionen, den Ihr gut auch mit nur wenigen Genossinnen und Genossen realisieren könnt: **Stellt Euch gut sichtbar an Orten mit direktem Bezug zur aktuellen Diskussion um die Kopfpauschale wie Krankenhäusern, Arztpraxen und Krankenkassen auf und verteilt unsere Flyer und Gimmicks** wie den Textmarker in Spritzenform und Postkarten (siehe Materialien) an die PassantInnen. Gut ist, wenn Ihr zusätzlich einen Stehtisch bereitstellt, auf dem unsere Unterschriftenlisten ausliegen und einen Ständer mit unserem Plakat dabei habt, den Ihr etwas entfernt vor Eurem Stehtisch aufbaut.

Kneipenverteilkaktion mit der „Aufkleber-Postkarte“

Ihr zieht abends durch die Kneipen und verteilt die Zigarettenaufkleber-Postkarten aus unserem Kampagnenangebot (siehe Materialien). Insbesondere die rauchenden Gäste könnt Ihr direkt fragen, ob sie unsere Aufkleber auf ihre Zigaretenschachteln kleben können – so seid Ihr schnell im Gespräch über gute und schlechte Gesundheitspolitik.

SPD Umhängetaschen und T-Shirts machen Euch als Sozis kenntlich.

Bitte beim/ bei der KneipenwirtIn vorher fragen, ob Ihr verteilen dürft!

Wandzeitung

Begleitend zu der Kampagne gegen die Kopfpauschale gibt es **auch eine eigene Wandzeitung**, die Ihr für Eure Schaukästen oder andere Nutzung für 1,- Euro pro Stück erwerben könnt. Das **Motiv „Klientel-Virus“** findet Ihr im Anhang abgebildet. **Wandzeitung A1 (Bestellnummer 1803921) oder A2 (Bestellnummer 1803922)** können über www.spd-shop.de oder per Mail an vertrieb@spd.de beim Vertrieb bestellt werden.

Da die Wandzeitung ein einfach umzusetzendes und kostengünstiges Instrument für die Vermittlung unserer Inhalte ist, **möchten wir Euch noch einmal auf das praktische Abo für unsere Wandzeitung hinweisen**. Weitere Infos findet Ihr dazu auch auf www.spd-shop.de

Wenn Ihr **einen Schaukasten neu aufstellen möchtet**: Nicht vergessen, dass Ihr hierfür in der Regel eine (bau-)rechtliche Genehmigung benötigt.

Verknüpfung online/offline

Das Internet bietet ein enormes Mobilisierungs- und Werbepotential. Daher sollten Aktionen auch immer im Internet vor- und nachbereitet werden, sei es auf der Homepage oder in den sozialen Netzwerken.

Auf der Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de gibt es eine Unterschriftenseite, auf der auch online Unterschriften gesammelt werden. Zusätzlich findet Ihr dort weitere Informationsangebote, Spiele und Videos, die Ihr bei Euch einbinden oder verlinken könnt. Auch einen Profilbildgenerator findet Ihr dort. Ihr könnt dann Euer Profilbild von Eurem Profil aus den sozialen Netzwerken an die Kampagne anpassen. So zeigt ihr all Euren Freunden, was Ihr von der schwarz-gelben Gesundheitspolitik haltet. Der spezielle Kampagnen-Newsletter informiert Euch immer als erstes über die neusten Aktionen.

Bei **Facebook** können beispielsweise **Terminankündigen** und auch Seiten zu Eurer Kampagne eingestellt werden. Mit einigen Klicks könnt Ihr auf diese Weise viele Menschen, die nicht bei Eurer **Aktion waren, über Eure Aktivitäten und die politischen Probleme informieren**.

Bei [meineSPD.net](http://www.meinespd.net) unter [http://www.meinespd.net/intra/inhalte/2_handreichungen] findet Ihr übrigens einige Tipps und Tricks, die Euch den Einstieg in die sozialen Netzwerke erleichtern.

Materialien und Kampagnenpaket

Wandzeitungen



- Wandzeitung
Art.-Nr. A1/A2:
1803901/02,
Preis: 1,00 Euro



- Wandzeitung
Art.-Nr. A1/A2:
1803911/12,
Preis: 1,00 Euro



- Wandzeitung
Art.-Nr. A1/A2:
1803921/22,
Preis: 1,00 Euro

Aufruf/Unterstützerliste



- Aufruf, A4
Art.-Nr.: 2606604,
Preis: 0,10 Euro

Aufkleberpostkarte



- Aufkleberpostkarte, A6
Art.-Nr.: 4000106,
Preis: 0,15 Euro

Plakat



- Plakate
Art.-Nr. A0/A1:
1004500/01,
Preis: 0,80/0,60 Euro



- Flyer; DIN Lang
Art.-Nr.: 2606509,
Preis: 0,10 Euro



- Textmarker
Art.-Nr.: 4800242,
Preis: 0,65 Euro



Zum subventionierten
Preis von 30,00 Euro

- Paket
4 Plakate A1, 20 Aufrufe, 300 Flyer,
100 Aufkleberpostkarten, 20 Textmarker
Art.-Nr.: 4808950, Preis: 30,00 Euro

Alle aktuellen Materialien können über das Internet unter www.spd.de bestellt werden.

Muster-Presseerklärung

**Musterstadt, XX.XX.2010
XX/2010**

Mitteilung für die Presse

JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle! NEIN zur Kopfpauschale!

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden.

Wir sagen JA zur Bürgerversicherung und einer guten Gesundheitsversorgung! Wir sagen Nein zur Kopfpauschale!

Deshalb sammelt der SPD-Ortsverein Musterstadt mit dem Bürgermeister Muster am kommenden **xxx, dem xxx. März 2010**, Unterschriften unter dem Motto „Stoppt die Kopfpauschale“.

Die Unterschriftensammlung findet statt

**am xxx,
um xxx Uhr,
in der Einkaufstraße 35, 5555 Musterstadt.**

Für Rückfragen steht Ihnen Herr/ Frau Muster unter der Rufnummer 0000 zur Verfügung.

Über Ihr Interesse freuen wir uns.



NEIN zur Kopfpauschale!



JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander einstehen. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab.

- Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger bei.
- Sie macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch Bittstellerei beim Staat möglich.
- Und sie führt dazu, dass gute medizinische Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein werden.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden.
Wir sagen Nein zur Kopfpauschale!

Ich unterstütze den Aufruf: JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle! NEIN zur Kopfpauschale!

Name	Vorname	PLZ, Ort, Straße	Unterschrift

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über aktuelle Themen und Veranstaltungen der SPD per E-Mail zu. *	
E-Mail	Unterschrift

Unterzeichnerlisten bitte per Post oder Fax an: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Fax: 030/25 991- 410, Weitere Informationen zur Aktion auf: www.nein-zur-kopfpauschale.de

* Ich bin einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten unter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes vom SPD-Parteivorstand gespeichert werden können. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Schwarz-Gelb
gefährdet Ihre
Gesundheit!

NEIN zur Kopfpauschale!



Ich unterstütze den Aufruf: JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle! NEIN zur Kopfpauschale!

Name	Vorname	PLZ, Ort, Straße	Unterschrift	Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über aktuelle Themen und Veranstaltungen der SPD per E-Mail zu.*	E-Mail	Unterschrift

Unterzeichnerlisten bitte per Post oder Fax an: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Fax: 030/25 991- 410, weitere Informationen zur Aktion auf: www.nein-zur-kopfpauschale.de

* Ich bin einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten unter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes vom SPD-Parteivorstand gespeichert werden können. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.